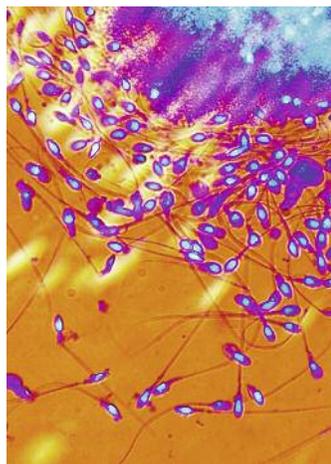


Justiz Mehr Rechte für die „Becherkinder“

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will Kindern von Leihmüttern und aus privaten Samenspenden („Becherspenden“) mehr Rechte geben. Dafür hat der Minister einen Arbeitskreis mit Juristen, Medizinethikern und Psychologen eingesetzt. In der Einladung zum „AK Abstammung“ heißt es, das jetzige Recht Sorge für „Inkonsequenzen und Wertungswidersprüche“. Es habe nur „das Familienbild männlicher Elternteil, weiblicher Elternteil und Kind vor Augen“, auf die moderne Fortpflanzungsmedizin hingegen „zum Teil keine Antwort“. Vor allem für das „Zusammenwirken“ lesbischer und schwuler Paare „zu Zeugung und anschließend gemeinsamer Erziehung eines Kindes“ sind nach Ansicht des Ministers neue rechtliche Antworten erforderlich. Nur ein Teil von Maas' Reformplänen ist im Koalitionsvertrag verankert. Zwar haben Union und SPD dort vereinbart, alle Vorschriften zu beseitigen, die



Spermien

gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechterstellen als heterosexuelle Paare, auch ein Auskunftsrecht der Kinder aus Samenspenden ist geplant. An anderer Stelle heißt es aber: „Die Leihmutter lehnen wir ab.“ ama



Verteidigung

Nato-Raketenschirm gegen Russland?

In der Nato gibt es Überlegungen, die gegen potenzielle Angriffe aus dem Nahen Osten geplante Raketabwehr auch gegen Russland auszurichten. Solche Forderungen, unterstützt von den USA, kommen aus den baltischen Mitgliedsländern und aus Polen. In den Vorbereitungen des Nato-Gipfeltreffens Ende kommender Woche hatten die vier Länder gefordert, eine entsprechende Formulierung zu beschließen; sie fühlen sich durch die russische Intervention in der Ukraine bedroht. Die Mehrheit, allen voran Deutschland, sprach sich jedoch dagegen aus, weil man Moskau nicht ohne Not provozieren solle. Schließlich habe die Nato jahrelang den Russen ver-

sichert, der Raketenschirm richte sich nicht gegen sie. Die weitere Debatte wurde auf die Zeit nach dem Nato-Gipfel verschoben. In einem anderen Punkt setzten sich die Hardliner durch: Die sogenannten Rückversicherungsgarantien für Polen und das Baltikum, darunter die Stationierung von vier Kompanien und mehr Aufklärungsflüge an der Nato-Ostgrenze, sollen nicht nach einem Jahr automatisch auslaufen. Das Berliner Kanzleramt hatte gefordert, dass die militärischen Aktionen nach einem Jahr von allen Nato-Staaten erneut bestätigt werden müssen. Da die Bundesregierung am Ende mit dieser Forderung allein stand, gab sie klein bei. csc

Israel-Politik „Freiluftgefängnis“

Die Bundesregierung beurteilt die Politik Israels gegenüber den Palästinensern deutlich kritischer als verlautbart. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Stephan Steinlein, sprach bei einer vertraulichen Unterrichtung von Abgeordneten in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Gaza-Streifen von einem „Freiluftgefängnis“. So klare Worte gab es aus der Bundesregie-

rung bislang nicht. Öffentlich hält sie sich wegen der NS-Vergangenheit mit Kritik an der israelischen Politik zurück. Die Teilblockade des Gaza-Streifens war allerdings intern im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt schon häufiger missbilligt worden.

Im Auswärtigen Amt heißt es, dass es einen Ausgleich zwischen dem legitimen Sicherheitsinteresse Israels und einer echten Lebensperspektive für die Menschen in Gaza geben müsse. ran

Visa-Affäre Neue Ermittlungen

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat im Skandal um illegal ausgestellte Visa deutscher Auslandsvertretungen (SPIEGEL 29/2013) ihre Ermittlungen ausgeweitet. Es geht um Urkundenfälschung und Betrug. Die Staatsanwälte ermitteln gegen 33 neue Verdächtige sowie gegen 3 bereits Angeklagte. Sie sollen im Zusammenhang mit der Beantragung von Visa deutsche Gehaltsbescheinigungen

FOTOS: CLEMENS BILAN / DAPD (L.O.); STOCK RM / FLOLINE (L.); THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET (M.O.); MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK VIA GETTY IMAGES (M.U.); ILLUSTRATION: PETRA DUFKOWA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL